Einladung zur 146. Ordentlichen Generalversammlung der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG

Mittwoch, 7. April 2010, 10.00 Uhr (Türöffnung 9.00 Uhr), Hallenstadion Zürich, 8050 Zürich-Oerlikon

Traktanden und Anträge des Verwaltungsrats

1. Jahresbericht, Jahresrechnung und Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2009

1.1 Konsultativabstimmung über den Vergütungsbericht
Der Verwaltungsrat empfiehlt, den im Jahresbericht enthaltenen Vergütungsbericht 2009 anzunehmen.

1.2 Genehmigung des Jahresberichts, der Jahresrechnung und der Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2009
Der Verwaltungsrat beantragt, den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2009 zu genehmigen.

2. Verwendung des Bilanzgewinns

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, den Bilanzgewinn 2009 der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG (Stammhaus) wie folgt zu verwenden:

Gewinnvortrag Vorjahr	CHF	42 852 555
Jahresgewinn 2009	CHF	1 070 068 181
Bilanzgewinn	CHF	1 112 920 736

Gewinnverwendung:

Dividende	CHF	342 707 001
Zuweisung an Reserven	CHF	720 000 000
Vortrag auf neue Rechnung	CHF	50 213 735

B. Erläuterungen

Die vom Verwaltungsrat gegenüber dem Vorjahr vorgeschlagene Erhöhung der Dividende von brutto CHF 0.10 auf CHF 1.00 pro Aktie reflektiert die gestärkte Kapitalbasis und Profitabilität der Gesellschaft. Die Dividendensumme von CHF 342 707 001 entspricht einer Bruttodividende von CHF 1.00 pro Aktie (im Vorjahr CHF 0.10 brutto pro Aktie) und basiert auf einem Bestand von 342 707 001 dividendenberechtigten Aktien (Stand 31. Dezember 2009).

Auf den Aktien, die sich im Eigenbestand befinden, wird keine Dividende ausgeschüttet.

Es ist vorgesehen, die Dividende nach Abzug von 35% Verrechnungssteuer ab Mittwoch, 14. April 2010, spesenfrei an alle Aktionärinnen und Aktionäre auszurichten, welche am 8. April 2010 Aktien halten. Die Aktie wird ab 9. April 2010 ex Dividende gehandelt.

3. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat beantragt, den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

4. Schaffung von bedingtem Kapital für Mitarbeiterbeteiligung

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, das bedingte Aktienkapital für Mitarbeiterbeteiligung von CHF 602 494.70 um CHF 1 093 084.50 auf CHF 1 695 579.20 zu erhöhen und Art. 3b Abs. 1 der Statuten wie folgt zu ändern:

Aktuelle Fassung

Art. 3b Bedingtes Aktienkapital für Mitarbeiterbeteiligung

1 Das Aktienkapital der Gesellschaft wird im Maximalbetrag von CHF 602 494.70 erhöht durch Ausgabe von höchstens 6 024 947 vollständig zu liberierenden Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.10 infolge Ausübung von Options- oder Bezugsrechten, welche Mitarbeitern, einschliesslich Mitgliedern des Verwaltungsrates, der Gesellschaft oder von Konzerngesellschaften eingeräumt werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist bezüglich dieser höchstens 6 024 947 Namenaktien ausgeschlossen. Die Ausgabe dieser neuen Namenaktien kann zu einem unter dem Börsenkurs liegenden Preis erfolgen. Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten der Ausgabebedingungen.

Beantragte neue Fassung

Art. 3b Bedingtes Aktienkapital für Mitarbeiterbeteiligung

1 Das Aktienkapital der Gesellschaft wird im Maximalbetrag von CHF 1 695 579.20 erhöht durch Ausgabe von höchstens 16 955 792 vollständig zu liberierenden Namenaktien im Nennwert von je CHF 0.10 infolge Ausübung von Options- oder Bezugsrechten, welche Mitarbeitern, einschliesslich Mitgliedern des Verwaltungsrates, der Gesellschaft oder von Konzerngesellschaften eingeräumt werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist bezüglich dieser Namenaktien ausgeschlossen. Die Ausgabe dieser neuen Namenaktien kann zu einem unter dem Börsenkurs liegenden Preis erfolgen. Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten der Ausgabebedingungen.

B. Erläuterungen

Die Gesellschaft verfügt über ein breites Spektrum an Vergütungsinstrumenten, die in ihrer Gesamtheit eine wettbewerbsfähige Gesamtschädigung ermöglichen. Die Erhöhung des bedingten Aktienkapitals für Mitarbeiterbeteiligung stellt sicher, dass genügend Aktien für bestehende und künftige aktienbasierte Vergütungspläne verfügbar sind.

5. Weitere Statutenänderungen

5.1 Form der Aktien

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Artikel 6 der Statuten wie folgt zu ändern:

Aktuelle Fassung

Art. 6 Nicht verurkundete Namenaktien

1 Die Gesellschaft kann auf den Druck und die Auslieferung von Namenaktien verzichten und bereits gedruckte Namenaktien ersatzlos annullieren. Bereits ausgelieferte Namenaktien können nur annulliert werden, wenn sie der Gesellschaft eingeliefert werden und der Aktionär zustimmt. Der Aktionär kann von der Gesellschaft jederzeit kostenlos den Druck und die Auslieferung seiner Namenaktien verlangen. Die Gesellschaft kann ihrerseits jederzeit die Namenaktien ausdrucken.

2 Nicht verurkundete Namenaktien, einschliesslich daraus entspringende, nicht verurkundete Rechte, können nur durch Zession übertragen werden. Die Zession bedarf zur Gültigkeit der Anzeige an die Gesellschaft. Das Recht auf die Urkunde geht mit der rechtsgültigen Zession auch ohne Zustimmung der Gesellschaft auf den Erwerber über. Die Gesellschaft kann der Bank, bei welcher der Aktionär die abgetretenen Namenaktien buchmässig führen lässt, von der Zession Mitteilung machen.

3 Nicht verurkundete Namenaktien und die daraus entspringenden Vermögensrechte können nur zugunsten der Bank, bei welcher der Aktionär dieselben buchmässig führen lässt, durch schriftlichen Pfandvertrag verpfändet werden. Eine Anzeige an die Gesellschaft ist nicht erforderlich. Der Anspruch des Aktionärs auf Druck und Auslieferung der Namenaktie kann auf die pfandnehmende Bank übertragen werden. Im übrigen setzt die Verpfändung von Namenaktien zu ihrer Gültigkeit zwingend die Übergabe der zedierten oder indossierten Aktienurkunden nach Massgabe von Art. 901 Abs. 2 ZGB voraus.

Beantragte neue Fassung

Art. 6 Bucheffekten

1 Die Gesellschaft kann ihre Namenaktien als Einzelurkunden, Globalurkunden oder Wertrechte ausgeben und ihre Namenaktien jederzeit ohne Genehmigung der Aktionäre in eine andere Form von Namenaktien umwan-

deln. Die Aktionäre haben keinen Anspruch auf Umwandlung ihrer Namenaktien in eine andere Form. Jeder Aktionär und jede Aktionärin können jedoch von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über die von ihm oder ihr gemäss Aktienregister gehaltenen Namenaktien verlangen.

2 Die Namenaktien werden als Bucheffekten geführt. Die Übertragung von Bucheffekten und die Bestellung von Sicherheiten an Bucheffekten richten sich nach den Bestimmungen des Bucheffektengesetzes. Eine Übertragung oder Bestellung von Sicherheiten durch schriftliche Abtretungserklärung (Zession) ist ausgeschlossen. Die Übertragungsbeschränkungen von Art. 5 gelten unverändert.

3 [aufgehoben]

B. Erläuterungen

Der Verwaltungsrat beantragt, die Statuten dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Bucheffektengesetz (BEG) anzupassen. Das BEG führt zu rechtlichen Klarstellungen, die es erlauben, den in Art. 6 der bisherigen Statuten vorgesehenen aufgeschobenen Titeldruck aufzuheben. Dies bedeutet, dass die Namenaktien von Swiss Re als Wertrechte (gemäss Obligationenrecht) ausgegeben und als Bucheffekten (gemäss Bucheffektengesetz) geführt werden. Die Aktionärinnen und Aktionäre können jederzeit einen schriftlichen Nachweis über die von ihnen gehaltenen Aktien (nicht aber in Form eines Wertpapiers) verlangen. Swiss Re behält sich das Recht vor, unter bestimmten Umständen Zertifikate auszugeben. Die neue Regelung entspricht der aktuellen Praxis schweizerischer Publikumsgesellschaften und hat weitgehend rechtstechnischen Charakter. Die Übertragbarkeit der Aktien wird dadurch nicht tangiert.

5.2 Besondere Revisionsstelle

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, folgenden neuen Artikel 22a über die Wahl einer besonderen Revisionsstelle in die Statuten aufzunehmen:

Art. 22a Besondere Revisionsstelle

Die Generalversammlung kann eine besondere Revisionsstelle für eine Amtsdauer von drei Jahren wählen, die für die Prüfung von Bewertungen bei Kapitalveränderungen zuständig ist.

B. Erläuterungen

Die gängigen Best-Practice-Standards verlangen im Interesse der Unabhängigkeit der ordentlichen Revisionsstelle, dass bestimmte, vom schweizerischen Recht verlangte Berichte bei Kapitalveränderungen von einer speziellen Revisionsstelle erstattet werden. Der Verwaltungsrat beantragt deshalb, eine Bestimmung in die Statuten aufzunehmen, welche die Wahl einer besonderen Revisionsstelle mit begrenztem Mandat für solche Berichte ermöglicht.

6. Wahlen

6.1 Verwaltungsrat

6.1.1 Wiederwahl von Walter B. Kielholz

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Walter B. Kielholz für eine Amtsdauer von drei Jahren als Mitglied des Verwaltungsrats wiederzuzuwählen.

B. Erläuterungen

Die Amtszeit von Walter B. Kielholz läuft an der Generalversammlung 2010 aus. Er stellt sich für eine Wiederwahl zur Verfügung.

Walter B. Kielholz, Jahrgang 1951, Schweizer Staatsangehöriger, wurde 1998 in den Verwaltungsrat von Swiss Re gewählt. Von 2003 bis April 2009 war er Vizepräsident. Per 1. Mai 2009 wurde er zum Präsidenten des Verwaltungsrats ernannt.

Ein detaillierter Lebenslauf ist im Jahresbericht im Kapitel «Corporate Governance» enthalten oder im Internet unter www.swissre.com («About Us»/«Corporate governance»/«Governing bodies»/«Board of Directors») abrufbar.

6.1.2 Wiederwahl von Robert A. Scott

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Robert A. Scott für eine Amtsdauer von zwei Jahren als Mitglied des Verwaltungsrats wiederzuzuwählen.

B. Erläuterungen

Die Amtszeit von Robert A. Scott läuft an der Generalversammlung 2010 aus. Er stellt sich für die Wiederwahl für eine verkürzte Amtsdauer von zwei Jahren zur Verfügung, da er im Januar 2012 das ordentliche Rücktrittsalter erreicht. Robert A. Scott, Jahrgang 1942, britischer und australischer Staatsangehöriger, wurde 2002 in den Verwaltungsrat von Swiss Re gewählt. Robert A. Scott war bis zu seinem Rücktritt im Jahre 2001 Präsident der Geschäftsleitung der CGNU plc, der heutigen Aviva plc.

Ein detaillierter Lebenslauf ist im Jahresbericht im Kapitel «Corporate Governance» enthalten oder im Internet unter www.swissre.com («About Us»/«Corporate governance»/«Governing bodies»/«Board of Directors») abrufbar.

6.1.3 Wahl von Malcolm D. Knight

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Malcolm D. Knight für eine Amtsdauer von drei Jahren als nicht-exekutives und unabhängiges Mitglied neu in den Verwaltungsrat zu wählen.

B. Erläuterungen

Malcolm D. Knight, Jahrgang 1944, kanadischer Staatsangehöriger, ist seit 2008 als Vice Chairman bei der Deutschen Bank tätig. Von 2003 bis 2008 war er Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Während dieser Zeit war er zudem Mitglied des Financial Stability Board (vormals Financial Stability Forum), Beobachter im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie Mitglied der Capital Markets Consultative Group des IWF. 1999 bis 2003 war er Senior Deputy Governor der kanadischen Zentralbank und ebenfalls Chief Operating Officer und Mitglied des Verwaltungsrats der Bank. Zwischen 1975 und 1999 hatte er, sowohl im Forschungs- als auch im operativen Bereich, verschiedene Führungspositionen beim Internationalen Währungsfonds inne. Von 1971 bis 1975 lehrte er an der Universität von Toronto und an der London School of Economics and Political Science. Zudem ist Malcolm D. Knight Trustee der Per Jacobsson Foundation, Präsident des Board of Patrons der European Association for Banking and Financial History sowie Trustee des International Valuation Standards Council. Malcolm D. Knight erwarb an der Universität von Toronto den Titel eines Bachelor with Honours und schloss seine Studien an der London School of Economics and Political Science als Master und Doktor der Wirtschaftswissenschaften ab. 2006 wurde er vom Trinity College der Universität von Toronto mit dem Titel eines Ehrendoktors ausgezeichnet.

6.1.4 Wahl von Carlos E. Represas

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Carlos E. Represas für eine Amtsdauer von drei Jahren als nicht-exekutives und unabhängiges Mitglied neu in den Verwaltungsrat zu wählen.

B. Erläuterungen

Carlos E. Represas, mexikanischer Staatsbürger, Jahrgang 1945, ist seit 1983 Verwaltungsratspräsident von Nestlé Mexico. Ebenfalls ist er Mitglied der Verwaltungsräte von Bombardier Inc., Merck & Co. Inc. und der Mexican Health Foundation A.C. Zudem ist er Vorsitzender des Board of Trustees des National Institute of Genomic Medicine, Mexico, Präsident des Mexiko-Chapter

der Lateinamerikanischen Handelskammer in der Schweiz und Mitglied des Latin America Business Council (CEAL).

Zwischen 1968 und 2004 übte Carlos E. Represas verschiedene Führungspositionen bei Nestlé in Südamerika, den USA und Europa aus. Von 1994 bis 2004 war er Executive Vice President und gleichzeitig Head of the Americas von Nestlé S.A. Zudem gehörte er dem Verwaltungsrat von Vitro S.A.B. de C.V. an. Carlos E. Represas studierte Wirtschaftswissenschaften an der National University of Mexico und Industrieökonomik am National Polytechnic Institute in Mexiko. Er absolvierte weitere Studien in den Bereichen Finanz, Marketing und Unternehmensführung an der University of New York, USA, am Institut pour l'Etude des Méthodes de Direction de l'Entreprise (IMEDE), Schweiz, sowie der Harvard University, USA. Sowohl die Universidad Federal de Viçosa, Minas Gerais, Brasilien, als auch die Academia Mexicana de Derecho Internacional, Mexico, haben Carlos E. Represas die Ehrendoktorwürde verliehen.

6.1.5 Wahl von Jean-Pierre Roth

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, Jean-Pierre Roth für eine Amtsdauer von drei Jahren, mit Amtsantritt per 1. Juli 2010, als nicht-exekutives und unabhängiges Mitglied neu in den Verwaltungsrat zu wählen.

B. Erläuterungen

Jean-Pierre Roth, Jahrgang 1946, schweizerischer Staatsangehöriger, war von Januar 2001 bis Ende 2009 Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Er trat 1979 bei der SNB ein und übernahm dort verschiedene leitende Funktionen, bis er 1996 zum Mitglied des Direktoriums ernannt wurde. Von 2001 bis 2009 war Jean-Pierre Roth Mitglied des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, ab 2006 auch dessen Präsident. Von 2001 bis 2009 war er zudem schweizerischer Gouverneur des Internationalen Währungsfonds und von 2007 bis 2009 Vertreter der Schweiz im Financial Stability Board (vormals Financial Stability Forum).

Jean-Pierre Roth studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Gené und doktorierte 1975 am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Staatswissenschaften. 2009 verlieh ihm die Universität Neuenburg die Ehrendoktorwürde.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten mit seinen bisherigen Funktionen soll der Amtsantritt von Jean-Pierre Roth per 1. Juli 2010 erfolgen.

6.2 Wiederwahl der Revisionsstelle

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, PricewaterhouseCoopers AG, Zürich («PwC»), als Revisionsstelle für eine einjährige Amtsdauer wiederzuzuwählen.

B. Erläuterungen

PwC wird auf Antrag des Revisionsausschusses vom Verwaltungsrat für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr als Revisionsstelle vorgeschlagen. PwC hat sich als professionelle und effiziente Revisionsgesellschaft erwiesen, die den hohen Anforderungen eines weltweit tätigen Rückversicherungskonzerns gerecht wird. PwC hat gegenüber dem Revisionsausschuss bestätigt, die für die Ausübung des Revisionsmandates erforderliche Unabhängigkeit zu besitzen. PwC übt das Mandat für Swiss Re seit 1991 aus. Weiterführende Angaben zur Revisionsstelle finden sich im Jahresbericht unter dem Kapitel «Corporate Governance».

6.3 Wahl einer besonderen Revisionsstelle

A. Antrag

Der Verwaltungsrat beantragt, OBT AG, Zürich, für eine Amtsdauer von drei Jahren als besondere Revisionsstelle im Sinne von Art. 22a der Statuten zu wählen.

B. Erläuterungen

OBT AG wird auf Antrag des Revisionsausschusses vom Verwaltungsrat zur Wahl als besondere Revisionsstelle für eine Amtsdauer von drei Jahren vorgeschlagen, damit diese allfällige besondere Prüfungsbestätigungen im Zusammenhang mit Bewertungen bei Kapitalveränderungen abgeben kann.

Organisatorisches

Geschäftsbericht und Revisionsberichte

Der Geschäftsbericht 2009 wurde am 12. März 2010 veröffentlicht. Er kann auf der Website von Swiss Re abgerufen werden (www.swissre.com) oder bei der Gesellschaft bestellt werden. Der Geschäftsbericht und die Revisionsberichte zur Jahres- und Konzernrechnung liegen ausserdem am Gesellschaftssitz zur Einsichtnahme auf.

Persönliche Teilnahme

Wenn Sie an der Generalversammlung persönlich teilnehmen möchten, bitten wir Sie um Bestellung einer Zutrittskarte bis spätestens Freitag, 26. März 2010.

Vertretung

Aktionärinnen und Aktionäre, die nicht persönlich an der Generalversammlung teilnehmen, werden gebeten, sich vertreten zu lassen.

Gemäss Art. 13 der Statuten bestehen folgende Möglichkeiten: Vertretung durch eine schriftlich bevollmächtigte Person, durch die Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, die Depotbank oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Als solcher fungiert Dr. René Schwarzenbach, Partner von Ernst & Young AG, Zürich. Gesellschaften können sich durch gesetzliche oder statutarische Vertreter oder sonstige Vertretungsberechtigte vertreten lassen. Unmündige und Bevormundete durch ihren gesetzlichen Vertreter. Bei Bevollmächtigung der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft AG werden wir das Stimmrecht im Sinne der Anträge des Verwaltungsrats ausüben.

Stimmberechtigung

Stimmberechtigt sind die am Mittwoch, 31. März 2010, im Aktienregister eingetragenen Aktionärinnen und Aktionäre.

Kontaktadresse

Swiss Re, Aktienregister
Mythenquai 50/60, Postfach
8022 Zürich, Schweiz
Telefon 043 285 6810
Fax 043 285 3480
share_register@swissre.com
www.swissre.com

Zürich, 15. März 2010
Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft AG

Der Verwaltungsrat